

Maurer will das Kind nicht mit dem Bad ausschütten

ERSTER AUFTRITT. Ueli Maurer hatte gestern seinen ersten Auftritt als Bundesrat vor dem Parlament. Im Ständerat wehrte er sich gegen die Forderung einer Petition, welche verlangte, dass die Armeewaffen nicht länger nach Hause genommen werden dürfen: «Der Respekt vor diesen Leuten, die das in der Vergangenheit und in der Gegenwart ordentlich und verantwortungsvoll gemacht haben, schliesst meiner Meinung nach aus, hier das Kind mit dem Bade auszuschütten.» Maurer hatte die Mehrheit des Ständerats auf seiner Seite. Diese will nicht am Prinzip der Heimabgabe rütteln. Allerdings ortet der Rat Handlungsbedarf und fordert deshalb vom Bundesrat Lösungen. Die Basler SP-Ständerätin Anita Fetz zog ihre Motion zurück, die gefordert hätte, die Armeewaffen ohne Verschluss abgeben zu können. SDA Foto Keystone



nachrichten

Zahl der Asylgesuche wieder rückläufig

BERN. Die Zahl der Asylgesuche ist im Februar gegenüber dem Januar gesunken. Insgesamt wurden im vergangenen Monat 1363 neue Asylgesuche gestellt. Dies waren 904 Gesuche weniger als im Januar, in dem die auffällig hohe Zahl von 2267 neuen Gesuchen verzeichnet worden war. AP

Grosser Lauschangriff bleibt umstritten

BERN. Nach der Abfuhr im Nationalrat versucht die Kleine Kammer das Gesetz zur Wahrung der inneren Sicherheit zu retten. Sie hat die Vorlage, die insbesondere wegen des befürchteten «grossen Lauschangriffs» kritisiert wurde, gestern an den Bundesrat zurückgewiesen und erwartet Verbesserungen. AP

Komitee für den biometrischen Pass

BERN. Ein überparteiliches Komitee «Ja zur Reisefreiheit!» will sich im Hinblick auf die Abstimmung vom kommenden 17. Mai für die Annahme des revidierten Ausweisgesetzes einsetzen. AP

Berlin und Paris machen Druck

PARIS/BERN. Deutschland und Frankreich wollen Steuerparadiese international ächten. Beide Regierungen wollten sich dafür einsetzen, dass die Mitglieder der Gruppe der führenden Industrie- und Schwellenländer (G-20) bilaterale Abkommen zu diesen Ländern aufkündigen. In Bern forderten am Dienstag mehrere Parteien eine dringliche Parlamentsdebatte zum Bankgeheimnis. Die SVP verlangt die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission. SDA

«Das ist kaum die letzte Offerte»

Bundesrat wird beim Bankgeheimnis Kompromiss suchen, sagt Professor Peter V. Kunz

INTERVIEW: TIMM EUGSTER

Bei Steuerhinterziehung mit dem Ausland kooperieren, um so den Kern des Bankgeheimnisses zu retten: Was der Berner Wirtschaftsrechtsprofessor Peter V. Kunz seit Monaten fordert, erwägt jetzt auch der Bundesrat.

BaZ: Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf hat in den USA signalisiert, dass die Schweiz nicht nur bei Steuerbetrug, sondern auch bei «grober Steuerhinterziehung» Rechtshilfe gewähren könnte. Was ist das eigentlich?



PETER V. KUNZ: Diesen Begriff gibt es im schweizerischen Recht heute nicht: Wir haben bloss die Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung, wobei schon diese Unterscheidung juristisch nicht immer eindeutig ist. Klar ist nur, dass es sich um Steuerbetrug handelt, wenn Dokumente gefälscht wurden und nicht einfach ein Teil des Einkommens beim Ausfüllen der Steuererklärung «vergessen» ging. Wo nun «grobe Steuerhinterziehung» beginnen würde, ist alles andere als klar.

Hätte der Bundesrat nicht besser angeboten, diesen feinen Unterschied ganz aufzuheben, wie Sie es bereits im vergangenen Sommer gefordert haben?

Wenn man verhandelt, sollte man nicht gleich in der ersten Runde alles aufgeben. Es handelt sich um einen ersten politisch-taktischen Vorschlag, aber kaum um die letzte Offerte des Bundesrats. Jetzt wird von den USA ebenfalls ein Entgegenkommen erwartet. Das Ziel muss sein, die Forderung nach einem automatischen Informationsaustausch, wie er innerhalb der EU besteht, abzuwehren.

Warum ist das so wichtig?

Weil dies das Ende des Bankgeheimnisses wäre. Es bräuhete gar kein Verfahren wegen Steuerhinterziehung mehr – die Daten der Bankkunden wären

für die Behörden einsehbar: Das wäre der gläserne Staatsbürger.

Das ist ein weltanschauliches Argument. Wie gross wäre der wirtschaftliche Schaden für die Schweiz?

Praktisch alle ausländischen Bankkunden würden ihr Geld abziehen. Das wäre ein grobes Problem: Heute verwalten die Schweizer Banken rund 2000 Milliarden Franken an ausländischen Vermögen. Es ist deshalb logisch, dass nun auch der Bundesrat dort Kompromissbereitschaft signalisiert, wo die Folgen gering wären: bei der Ausdehnung der Rechtshilfe auf Steuerhinterziehung.

Dann würden doch alle «Steuerflüchtlinge» ihr Schweizer Konto auflösen.

Ich bin sicher, dass viele ausländische Kunden aus anderen Gründen Geld in die Schweiz bringen: Etwa wegen Problemen mit der Ehefrau – oder wegen der hohen Qualitätsstandards der Banken.

«Der Schweizer Nationalsport Steuerhinterziehung würde nicht angetastet.»

Trotzdem: Wie viel würde abfließen?

Es gibt verschiedene Zahlen, aber keine Fakten. Ich nehme hier die Bankiervereinigung beim Wort, die sagt, es seien nicht sehr viele Kunden und Steuerhinterziehung sei kein Geschäftsmodell, mit dem man Kunden anzieht. Wenn dem so ist, kann die Schädigung nicht allzu gross sein.

Wäre es aufwendig, die Rechtshilfe auf Steuerhinterziehung auszudehnen?

Nein, eine simple Anpassung im Rechtshilfegesetz genügt – das Steuerrecht müsste man gar nicht antasten. Man würde einfach die Delikte, die vom

Bankgeheimnis nicht mehr geschützt sind, ausweiten – so wie man dies früher bei Insiderdelikten und Geldwäscherei gemacht hat. Ich gehe davon aus, dass eine entsprechende Vorlage fertig ausgearbeitet in der Schublade liegt, sodass sie der Bundesrat sofort ins Parlament bringen kann, wenn er in Verhandlungen den Kern des Bankgeheimnisses gesichert hat.

Bleibe es dabei möglich, Steuerhinterziehung für Schweizer weiterhin nur mit einer Busse zu bestrafen?

Innerhalb der Schweiz gibt es keine Amts- und Rechtshilfe: Auch wenn die Schweiz ausländischen Behörden bei Steuerhinterziehung Daten liefern würde, müsste also kein Schweizer Bürger Angst haben, dass die Steuerbehörde von seiner Bank Informationen erhält. Der Schweizer Nationalsport Steuerhinterziehung – also nicht ganz alles auf der Steuererklärung anzugeben – würde nicht angetastet. Es gibt auch keinerlei Druck des Auslands, hier etwas zu ändern.

Der Bundesrat hat sich punkto Bankgeheimnis lange nicht bewegt. Kommt die Ankündigung von Bundesrätin Widmer-Schlumpf nicht viel zu spät?

Politiker bringen Themen häufig erst dann auf, wenn es brennt. Insofern würde ich meinen: besser spät als nie. Ich war geschockt, wie die Schweiz beim Druck der USA wegen der UBS-Kundendaten den Eindruck der Erpressbarkeit erweckt hat. Eveline Widmer-Schlumpf ist jetzt aber sehr glaubwürdig aufgetreten. Wenn der Bundesrat nicht mehr defensiv seine Haltung verteidigt und mit kluger Härte und Selbstbewusstsein auftritt, ist es noch nicht zu spät. Die anderen Länder sind nicht gegen das Schweizer Bankgeheimnis an sich – sie sind nur dagegen, dass Steuerflüchtlinge im eigenen Land nicht bezahlen und sich in der Schweiz verstecken.

> TAGESKOMMENTAR SEITE 2

Die Walliser Regierung steht

SITTEN. Bei den Walliser Staatsratswahlen kommt es zu keinem zweiten Wahlgang. Nachdem die vier unterlegenen Kandidaten auf eine Teilnahme an der zweiten Runde verzichtet haben, gelten die fünf Erstplatzierten als gewählt (siehe BaZ vom Montag). Mit Esther Waeber-Kalbermatten (SP) zieht damit erstmals eine Frau in die Walliser Regierung ein. Weiter setzt sich das Gremium aus den Bisherigen Jean-Michel Cina (CVP) und Claude Roch (FDP) sowie aus den Neuen Maurice Tornay (CVP) und Jacques Melly (CVP) zusammen. Der Parteien-schlüssel bleibt der gleiche. SDA

Kein besserer Schutz für Erben

BERN. Der Nationalrat ist dagegen, Zuwendungen an Ärzte, Rechtsanwälte oder andere Vertrauenspersonen zum Schutz der Erben einzuschränken. Mit 128 zu 63 Stimmen hat er sich gestern gegen eine Initiative von Silvia Schenker (SP, BS) gestellt. SDA

Zivilschutzräume sollen Pflicht bleiben

BERN. Der Ständerat will die Pflicht zum Bau privater Schutzräume nicht aufheben. Er hat eine entsprechende parlamentarische Initiative des ehemaligen Nationalrats Pierre Kohler (CVP, JU) mit 22 zu 11 Stimmen abgelehnt. AP

Referendum gegen neuen WTO-Sitz

GENÈVE. Die Erweiterung des WTO-Hauptsitzes in Genf ist gefährdet. Die Vereinigung Action Patrimoine Vivant will gegen die Verschandlung des Parc Barton, wo ein neues WTO-Gebäude gebaut werden soll, das Referendum ergreifen. Dies wurde gestern bekannt. SDA

namentlich

SVP läuft auf

ANTIRASSISMUS-STRAF-NORM. Der Nationalrat stimmte gestern darüber ab, ob die Strafnorm gegen Rassismus abgeschafft werden soll. 52 Parlamentarier, vor allem SVP-Vertreter, sagten Ja zur Abschaffung, 125 lehnten sie ab. Die Räte aus der Nordwestschweiz stimmten wie folgt:

Jean Henri Dunant (SVP, BS)	Enth.
Anita Lachenmeier (Grüne, BS)	Nein
Peter Malama (FDP, BS)	Nein
Rudolf Rechsteiner (SP, BS)	Nein
Silvia Schenker (SP, BS)	Nein
Kathrin Amacker (CVP, BL)	Nein
Caspar Baader (SVP, BL)	Ja
Maya Graf (Grüne, BL)	Nein
Hans Rudolf Gysin (FDP, BL)	abw.
Susanne Leutenegger (SP, BL)	Nein
Christian Miesch (SVP, BL)	Ja
Eric Nussbaumer (SP, BL)	Nein

Mit den Nazis sympathisiert

Exponenten der Burgergemeinde Bern waren als Frontisten aktiv

Die Burgergemeinde Bern hat gestern die Nazifreundlichkeit einiger ihrer früheren Exponenten eingeräumt. Dass die Institution als Ganzes in die Frontenbewegung der 1930er-Jahre verstrickt war, sei dagegen nicht belegbar.

Die Historikerin Katrin Rieder hatte im August 2008 mit einer Dissertation zur Rolle der Bernburger einiges Aufsehen ausgelöst. Sie hatte unter anderem aufgezeigt, dass einige Burger während der Nazizeit aktive Frontisten waren.

Rieder deckte insbesondere auf, dass der 1968 ohne Gegenstimme zum Bürgerpräsidenten gewählte Georges Thormann in den Dreissigerjahren als Gauführer der Nationalen Front

Bern gewirkt hatte. Als solcher hatte er auch das Versammlungslokal der Ortsgruppe in einem Zunfthaus gemietet.

EIGENE FORSCHUNG. In der Zwischenzeit betrieb nun die Burgergemeinde eigene Quellenforschung. Sie bewertet das geprüfte Material bewusst vorsichtig, wie sie in der schriftlichen Stellungnahme betont. Die Quellenbasis sei insgesamt zu schmal, um zu einer statistisch erhärteten Aussage zu gelangen, dass die Einrichtungen der Burgergemeinde besonders extreme Positionen bezüglich Rassismus, Eugenik und Fremdenfeindlichkeit vertreten hätten. Eingeräumt wird in der schriftlichen Stellungnahme jedoch, die Burgergemeinde und ihre Expo-

ponenten seien «den Herausforderungen der Zeit zwischen 1930 und 1945 aus dem Blickwinkel unserer Zeit nicht immer angemessen begegnet».

Die vorhandenen Materialien enthielten indes keinerlei Hinweise darauf, dass die Burgergemeinde und ihre Exponenten «überwiegend und in aussergewöhnlicher Weise einem der politischen Extreme der Zeit zuneigten».

Die Spitze der Bernburger zeigte sich am Dienstag «überrascht und befremdet» über die frontistischen Umtriebe einiger ihrer Exponenten. Die Burgergemeinde Bern ist eine Personengemeinde. Sie setzt sich aus rund 17300 Angehörigen der 13 Gesellschaften und Zünfte und Burgern ohne Zunftangehörigkeit zusammen. SDA